

DIW: Restriktionspolitik behindert wirtschaftliche Erholung

Das DIW kritisiert den vorrangigen Abbau des öffentlichen Defizits trotz offenkundiger Fehlentwicklungen bei Wachstum und Beschäftigung. Der Defizitabbau ginge vor allem zu Lasten der Wachstums- und beschäftigungswirksamen öffentlichen Investitionen sowie der Sozialleistungen, deren Kürzung die Verbrauchernachfrage erheblich beeinträchtigt. Die negativen Beschäftigungswirkungen der restriktiven Finanzpolitik summierten sich – gegenüber einer potentialorientierten Haushaltsausweitung – auf jährlich 150 000 bis 200 000 Erwerbspersonen in den Jahren 1983/84. Die Steuerbeschlüsse führten 1984/85 zu Mehreinnahmen von jeweils 2,5 Mrd. DM. Während der Unternehmenssektor mit jährlich 5,5 Mrd. DM entlastet würde, errechneten sich für die privaten Haushalte Mehrbelastungen von jeweils 8 Mrd. DM in 1984 und 1985.

Beim Personalstand markierte bereits 1982 eine Trendwende, da die Zahl der Vollzeitbeschäftigten erstmals zurückging. Hingegen wurde die Teilzeitbeschäftigung erneut um 3,5% auf 550 000 Beschäftigte ausgeweitet. In der Größenordnung von jährlich 30 000 bis 40 000 Stellen wäre es denkbar, daß freigewordene Stellen nicht wieder besetzt werden.

Während der Zuschußbedarf der BA bei sinkender Quote der Arbeitslosengeldempfänger abnehme, steige die Arbeitslosenhilfe aus dem Bundeshaushalt auf mindestens 8,5 Mrd. DM.

Nach: Teichmann, D., D. Vesper, Restriktionspolitik behindert wirtschaftliche Erholung. Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1983/84, in: DIW-Wochenbericht 38/83 vom 22. 9. 1983.

